

Wilsdruffer Tageblatt

Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Das Blatt geht mit Ausnahme der Feiertage und Festtage wöchentlich 5 Mal für den nächsten Tag, Tagespreis bei Abnahme monatlich 4 Mk., durch einen Briefträger zugestellt in der Stadt monatlich 4 Mk., auf dem Lande 4,50 Mk., durch die Post dagegen vierteljährlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Gebühren sowie mögliche Verzögerungen werden jedoch nicht übernommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Briefträger nicht verpflichtet auf Lieferung der Zeitung oder Führung des Tagespreises.



Inhaltspreis zu 10 Pf. für die gewöhnliche Ausgabe oder deren Raum, Leihpreis zu 10 Pf., Anzeigen 3 Pf. Zeit Anzeigen und Zusatzauftrag entsprechend Preisnachschlag. Zusatzaufträge im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Ausgabe 2,50 Pf., Nachdruckgebühren 50 Pf. Anzeigenpreise sind vierteljährlich 10 Pf. für die Anzeigen der durch Fernruf übermittelten Anzeigen. Anzeigen sind ohne Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch tritt.

Erscheint seit dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 302.

Donnerstag den 30. Dezember 1920.

79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Das im Grundbuche für Wilsdruff Blatt 225 auf den Namen des am 8. November 1916 in Wilsdruff verstorbenen Ernst Moritz Saupe eingetragene Grundstück soll zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft

am 3. März 1921 vormittags 10 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Grundbuche 1,8 Ar groß und auf 9400 Mk. geschätzt. Es liegt in Wilsdruff an der Fiedlerstraße und ist mit einem Wohnhaus Nr. 178 der Ortliste bebaut. Die Grundversicherungssumme des Wohngebäudes mit Keller beträgt 2810 Mk.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 8. November 1920 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt.

Wilsdruff, am 16. Dezember 1920.

Za 2/20 Nr. 3

Sächsisches Amtsgericht.

Bei uns sind eingegangen vom Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Sachsen das 25. bis 29. Stück vom Jahre 1920; Reichsgesetzblatt Nr. 201 bis 227 vom Jahre 1920.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Hausflur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratstanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 28. Dezember 1920.

1412

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Aber die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Form der Reichsregierung und den Parteien eine endgültige Einigung erzielt worden.
- Der deutsch-nationale Abgeordnete v. Graefe erklärt, daß er nicht beabsichtigt, aus seiner Partei auszutreten.
- Die Pariser Völkervereinigung beschloß, die Friedigung der deutschen Note vom 22. d. Mts. über die Einwohnerwehren den alliierten Regierungen zu überlassen.
- In der Pariser Presse geht beharrlich das Gerücht um, daß ein Attentat in Rom ermordet worden sei.
- In Wilsdruff wurde ein Bombenattentat auf den portugiesischen Ministerpräsidenten und eine Anzahl politischer Persönlichkeiten verübt. Es wurde niemand verletzt.

An der Jahreschwelle.

Mit dem Jahre in der Hand kommt man durch das ganze Land — so sagte und lang einstmal's froher deutscher Burkenkinn. Und je unbekümmerter er in die weite Welt hinauszog, je vertrauensvoller er sich Wind und Wetter und Tod und Teufel überließ, desto glücklicher mußte, darauf konnte man sich verlassen, das Unternehmen enden. Auch das deutsche Volk zog einst hinaus mit dem Hut in der Hand, um sich mit den Göttern, die ein gütliches Gesicht ihm verleihten, die Welt zu erobern. Bis neidische Mächte ihm in den Weg traten und seiner selbstgefälligen, zukunftsfernen Art ein jähes Ende bereiteten.

Selbst wird es geraten sein, daß wir nicht mehr mit dem Hut, sondern mit dem Friedensvertrag in der Hand die Wanderung durch die Welt antreten. Und namentlich wenn wir im Begriff stehen, die Schwelle eines neuen Jahres zu überschreiten, wird es gut sein, einen Blick in das 40. Seitenmeer von Versailles zu tun, das in einer Anzahl von mehr oder weniger genau abgekehrten Terminen die Beschlüsse festgelegt hat, zu denen wir von den Siegern des Weltkrieges verpflichtet worden sind. In wenigen Tagen werden wir anfangen, die Jahreszahl 1921 im Siebel unseres Reichsbauers hochzulieben. In diesem Jahre muß sich einmal das Schicksal von Oberdeutschland entscheiden, es muß zum zweiten, ehe der Wonnemonat Mai herangekommen ist, die Frage der Wiedergutmachung endgültig gelöst sein, und es muß zum dritten über eine ganze Reihe von uns auferlegten Schuldverpflichtungen, deren Höhe und Umfang, das letzte Wort gesprochen sein. Das Jahr der Fremdherrschaft, unter dem jetzt schon viele Millionen unserer Brüder und Schwestern seufzen, wird auch dem ganzen deutschen Volk immer tiefer in den Rücken gedrückt werden. Und während Engländer und Franzosen fortgesetzt miteinander darum ringen werden, ob dem Opfer ihres gemeinschaftlichen Machtbedürfnisses mit einem Streich oder mit einer Reihe von Streichen der Garauus gemacht werden soll, stehen am internationalen Himmel immer drohendere Wolken herauf, Unheil verhängend auch für diejenigen Völker, die in ihrer neu gefestigten Weltstellung auf uns herabbliden. Als König Georg von England in diesen Tagen in der Thronrede vor dem Parlament die Frage der zunehmenden Arbeitslosigkeit berührte, war er offen genug, diese betrübende Erscheinung auf die Tatsache zurückzuführen, daß es dem britischen Warenmarkt an kaufkräftigen Abnehmern in Europa fehle. Er hat also schon eingesehen, daß der Niedergang der deutschen Wirtschaft auch dem britischen Kaufmann und Gewerbetreibenden nicht zum Segen gereicht.

In Frankreich dagegen ist man noch himmelweit davon entfernt. Dort kehrt man immer wieder zu der nach göttlichen Vorwissen allein selbstmachenden Politik des Selbstverleihs zurück, unbekümmert darum, ob so die leisen Anfänge zu einer völkerveröhnenden Verständigung wieder in Grund und Boden hineingestampft werden oder nicht. Wie leicht vermag man dabei die Absicht, noch bis zum offiziellen Amtsantritt des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten

von Nordamerika die Gunst der Zeiten zu nutzen. Was bis dahin unter Dach und Fach gebracht ist, dürfte auch Herr Harding kaum wieder rückgängig machen können. Was aus Deutschlands innerer Ruhe, was aus seiner Wirtschaftskraft wird, das sind Sorgen, die die Herren Franzosen anderen Völkern überlassen. Sie selber machen zweiten allerdings den Eindruck, als wenn auch ihnen das Wasser am Halse hänge, doch sind sie viel zu stolz und zu eitel dazu, die Gründe für ihre missliche Lage in ihrem eigenen Schuldkonto zu suchen. Sie fragen an, wie sie es immer in ihrer Geschichte getan haben. Gerechtigkeit, Menschlichkeit, ja selbst geänderter Menschenverstand sind Begriffe, die lediglich in ihrem Wortgebrauch existieren; ihr Handeln in Krieg und Frieden wird von ganz anderen Empfindungen geleitet!

Und wie präsentiert sich der Ausblick auf unsere innere Entwicklung? Es ist bisher nicht gelungen, die Parteien zu friedlicher Gemeinschaftsarbeit am Wiederaufbau des Reiches zu bewegen, und es wird auf absehbare Zeit dabei bleiben, daß der Deutsche den Deutschen bis aufs Blut bekämpft, obwohl draußen vor seinen Toren Gerichte gehalten wird über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes. Was Wunder auch, wenn die Wähler unausgesetzt zur Urne gerufen werden, bald zur Reichstagswahl, bald zur Landtagswahl, bald um neue Städte, bald um neue Kirchenbehörden zu wählen, bald um Betriebe, bald um Elternbeiräte in Amt und Würden einzusetzen. Die Wahlmüdigkeit, über die schon jetzt in allen Lagern herdröhnend gestlagt wird, würde noch ganz anderen Umfang annehmen, wenn nicht die Aussicht bestände, daß die Minderheit von heute sich zu einer Mehrheit von morgen aufreden könnte — eine Kleinigkeit, nichts weiter, bei der oft verschwindenden Verlangsamung der Stimmenüberlegung, auf der heutzutage dieses oder jenes Nachtgebäude in Reich oder Staat oder Gemeinde aufgerichtet ist. So müssen die Parteien, um ihrer Selbstbehauptung willen, unausgesetzt auf der Wacht stehen, müssen schärfen und agilitieren, wo ihnen selber wohl manchmal wohlher zumute wäre, wenn sie die Waffen ruhen lassen könnten, und so bleiben Unruhe und Unsicherheit, Unfrieden und Kampfeslust auch die Signatur unserer inneren Lage. Die Sozialdemokratie, die, obwohl sie die stärkste Reichstagsfraktion gestellt hat, von der Regierungsbildung fern gehalten ist, macht gar kein Hehl daraus, daß sie so rasch wie möglich Neuwahlen herbeiführen möchte, um abermals einen Umsturz in den Machtverhältnissen zu erzwingen, und so ruht auf allem, was wir tun und lassen, der Fluch der Schwäche, der Überzeugungslosigkeit. Daß unter solchem Druck ein Gemeinwesen gedeihen soll, wäre mehr, als menschliche Kraft zu leisten vermag. Wir werden uns also bis auf weiteres damit abfinden müssen, daß wir gerade nur so von der Hand in den Mund zu leben vermögen. Weiter wird es vorläufig nicht reichen.

Doch brauchen wir deshalb nicht zu verzweifeln. Die zunehmende Abkehr von den politischen Partisaneien kommt auch den Unruhestiftern um jeden Preis mehr und mehr zum Bewußtsein und lähmt ihre Aktionskraft. Auf der anderen Seite ist die Arbeitstätigkeit im Steigen begriffen. Treten nicht unvorhergesehene Vorkünfte ein, so wird unsere Wirtschaft wenigstens vor neuen Erschütterungen bewahrt bleiben. Damit wäre noch nicht viel, aber doch etwas gewonnen, und bei der Bescheidenheit, zu der wir ja heutzutage alleamt mehr oder weniger erzogen worden sind, könnten wir insoweit immerhin zufrieden sein. Die Parole muß jedenfalls lauten: an die Arbeit! Für 1921 mehr noch als je zuvor.

Dr. Sy.

Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren.

Neue Entennoten.

Die offensichtliche Furcht vor Deutschland steckt der Entente, namentlich Frankreich, immer noch in den Gliedern. Man vermutet drüben immer noch verborgene Heere in Deutschland.

Es ist jetzt wieder in Berlin eine von General Nollet

gezeichnete Note der Ententemächte eingelaufen, in der mit Berufung auf das Abkommen von Spa neuerlich die vollständige Auflösung der Sicherheitspolizei gefordert wird. Der Wortlaut der Note wird vom Auswärtigen Amt zunächst noch geheimgehalten, da sie erst im Schoße des Reichskabinetts dehydriert und die Antwort auf die Note beraten werden soll.

Die neuerliche Forderung nach Auflösung der Sicherheitspolizei muß Überraschung hervorrufen. Tatsächlich ist die Sicherheitspolizei, die früher nach militärischen Prinzipien organisiert worden ist, bereits seit mehreren Monaten aufgelöst.

Ferner beschäftigte sich die Pariser Völkervereinigung mit den beiden deutschen Noten vom 9. und 22. Dezember, worin die Entwaffnung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen abgelehnt wird. Marshall Foch, General Wengand und General Nollet waren zugegen. Die Konferenz beschloß, die Angelegenheit den verbündeten Regierungen zur Entscheidung zu überlassen, da es sich um eine Frage handle, die seinerzeit in Spa Gegenstand eines besonderen Abkommens zwischen Deutschland und den einzelnen Regierungen war. Die interalliierte Militärkommission wurde um Einsendung eines Berichtes über den gegenwärtigen Stand der deutschen Abrüstung ersucht.

Wißverständnisse?

Von amtlicher deutscher Seite wird zu der Note betreffend die Polizei erklärt:

Die interalliierte militärische Kontrollkommission hat unter dem 23. Dezember eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, worin sie sich mit der Art, wie die Reorganisation der Polizei ausgeführt worden ist, nicht befriedigt erklärt. Da die Reorganisation nach einem Plane erfolgt ist, der bis ins Einzelne im Einvernehmen mit der Kontrollkommission aufgestellt wurde, muß angenommen werden, daß Mißverständnisse vorliegen. Das Auswärtige Amt ist damit beschäftigt, diese Mißverständnisse aufzuklären.

Groeners Erlaß gegen den Streik.

Schärfste Bekämpfung.

Am 17. Dezember erklärte die Reichsregierung, den Beamten der Reichsregierung könne ein Streikrecht nicht zugestanden werden. Auf Grund dieser Willensbekundung hat sich der Reichsverkehrsminister Mühlstein an die Eisenbahndirektionen verandt, in der er einleitend sagt: „Der klare und feste Standpunkt der Regierung zur Frage des Beamtenstreiks sei von den Präsidenten der Direktionen mit allem Nachdruck zu vertreten.“ Es heißt dann weiter:

1. Mit den Beamtenpflichten sei eine Streikbereitschaft in und außerhalb des Dienstes unvereinbar.
2. Streikagitator innerhalb der Dienststunden und Dienstreise sei unzulässig. Anschläge auf Eisenbahnanlagen, die zum Streik auffordern, seien zu verhindern, ebenso die Verteilung von Druckschriften zum Zwecke der Streikagitator.
3. Es soll alles getan werden zur Bekämpfung des Streikfliebers unter der Beamtenschaft durch Aufklärung über die schweren Folgen für die gesamte Beamtenchaft, für ihre Stellung im Staate und für die politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.
4. Die Reichsregierung und das Parlament hätten bisher die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und würden auch weiterhin auf eine Milderung dieser Notlage hinarbeiten. Dem händen jedoch die unbedingten fortgesetzten Streikdrohungen entgegen. Der Reichsverkehrsminister betrachte es als seine Aufgabe, eine gerechte und, soweit es die Verhältnisse zulassen, befriedigende Lösung der Beileidungsfrage der Beamten zu erreichen.

Wie man aus dem Reichsverkehrsministerium hört, sei dieser Erlaß nur als Verhaltensmaßregel an die Eisenbahndirektionen aufzufassen, um die von gewissen Kreisen betriebenen Streikvorbereitungen zu unterbinden, mit denen